

Cornelia Bruell | Monika Mokre

Postmarxistisches Staatsverständnis

STAATSVERSTÄNDNISSE



Nomos

Wissenschaftlicher Beirat:

Klaus von Beyme, Heidelberg

Norbert Campagna, Luxemburg

Wolfgang Kersting, Kiel

Herfried Münkler, Berlin

Henning Ottmann, München

Walter Pauly, Jena

Tine Stein, Kiel

Kazuhiro Takii, Kyoto

Pedro Hermilio Villas Bôas Castelo Branco,

Rio de Janeiro

Loïc Wacquant, Berkeley

Barbara Zehnpfennig, Passau

Staatsverständnisse

herausgegeben von

Rüdiger Voigt

Band 107

Cornelia Bruell | Monika Mokre

Postmarxistisches Staatsverständnis



Nomos

© Titelbild: Idee und Gestaltung von Markus Mooslechner.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4649-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8877-2 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Editorial

Das Staatsverständnis hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder grundlegend gewandelt. Wir sind Zeugen einer Entwicklung, an deren Ende die Auflösung der uns bekannten Form des territorial definierten Nationalstaates zu stehen scheint. Denn die Globalisierung führt nicht nur zu ökonomischen und technischen Veränderungen, sondern sie hat vor allem auch Auswirkungen auf die Staatlichkeit. Ob die »Entgrenzung der Staatenwelt« jemals zu einem Weltstaat führen wird, ist allerdings zweifelhaft. Umso interessanter sind die Theorien der Staatsdenker, deren Modelle und Theorien, aber auch Utopien, uns Einblick in den Prozess der Entstehung und des Wandels von Staatsverständnissen geben, einen Wandel, der nicht mit der Globalisierung begonnen hat und nicht mit ihr enden wird.

Auf die Staatsideen von Platon und Aristoteles, auf denen alle Überlegungen über den Staat basieren, wird unter dem Leitthema »Wiederaneignung der Klassiker« immer wieder zurück zu kommen sein. Der Schwerpunkt der in der Reihe *Staatsverständnisse* veröffentlichten Arbeiten liegt allerdings auf den neuzeitlichen Ideen vom Staat. Dieses Spektrum reicht von dem Altmeister *Niccolò Machiavelli*, der wie kein Anderer den engen Zusammenhang zwischen Staatstheorie und Staatspraxis verkörpert, über *Thomas Hobbes*, den Vater des Leviathan, bis hin zu *Karl Marx*, den sicher einflussreichsten Staatsdenker der Neuzeit, und schließlich zu den Weimarer Staatstheoretikern *Carl Schmitt*, *Hans Kelsen* und *Hermann Heller* und weiter zu den zeitgenössischen Theoretikern.

Nicht nur die Verfälschung der Marxschen Ideen zu einer marxistischen Ideologie, die einen repressiven Staatsapparat rechtfertigen sollte, macht deutlich, dass Theorie und Praxis des Staates nicht auf Dauer von einander zu trennen sind. Auch die Verstrickungen Carl Schmitts in die nationalsozialistischen Machenschaften, die heute sein Bild als führender Staatsdenker seiner Epoche trüben, weisen in diese Richtung. Auf eine Analyse moderner Staatspraxis kann daher in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden.

Was ergibt sich daraus für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates im Sinne einer modernen Staatswissenschaft? Die Reihe *Staatsverständnisse* richtet sich mit dieser Fragestellung nicht nur an (politische) Philosophen, sondern vor allem auch an Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften. In den Beiträgen wird daher zum einen der Anschluss an den allgemeinen Diskurs hergestellt, zum anderen werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse in klarer und aussagekräftiger Sprache – mit dem Mut zur Pointierung – vorgetragen. So wird auch der / die Studierende unmittelbar in die Problematik des Staatsdenkens eingeführt.

Prof. Dr. Rüdiger Voigt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
1. Marxistisches und neo-marxistisches Staatsverständnis: Ein kurzer Abriss	21
1.1. Der Staat im klassischen Marxismus	21
1.1.1. Die Geschichte des Staats	21
1.1.2. Der Staat im Kapitalismus	22
1.1.3. Staat und Ökonomie	23
1.1.4. Staat und Gesellschaft	24
1.1.5. Der Staat nach der Revolution	25
1.1.6. Die Überwindung des bürgerlichen Staats	28
1.2. Spätere marxistische und neomarxistische Zugänge	32
1.2.1. Staat und Kapitalismus	32
1.2.2. Staat und Gesellschaft	33
1.2.3. Staat und Demokratie	37
1.2.4. Entwicklungen des kapitalistischen Staats	38
1.2.5. Überwindung des bürgerlichen Staats	42
1.3. Schlussbetrachtung	43
2. Postmarxistisches Staatsverständnis: Zentrale Konzepte	45
2.1. Das Politische, Hegemonie und Macht	45
2.1.1. Claude Lefort und Marcel Gauchet	45
2.1.2. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe	48
2.1.3. Cornelius Castoriadis	52
2.1.4. Alain Badiou	54
2.1.5. Jacques Rancière	55
2.1.6. Giorgio Agamben	57
2.1.7. Slavoj Žižek	59
2.1.8. Miguel Abensour	61
2.1.9. John Holloway	63
2.1.10. Jacques Derrida	65
Synthese: Das Politische, Macht und Hegemonie	67
2.2. Repräsentation	69
2.2.1. Claude Lefort und Marcel Gauchet	69
2.2.2. Ernesto Laclau	71

2.2.3.	Alain Badiou	73
2.2.4.	Jacques Rancière	75
2.2.5.	Gayatri Chakravorty Spivak	76
	Synthese: Repräsentation	76
2.3.	Souveränität und Herrschaft	77
2.3.1.	Stuart Hall	77
2.3.2.	Giorgio Agamben	79
2.3.3.	Judith Butler	81
2.3.4.	Jacques Derrida	84
2.3.5.	Gilles Deleuze und Félix Guattari	85
	Synthese: Souveränität und Herrschaft	88
2.4.	Subjekt(e) und Subjektivierung	88
2.4.1.	Michel Foucault	88
2.4.2.	Gilles Deleuze und Félix Guattari	92
2.4.3.	Zygmunt Bauman	94
2.4.4.	Cornelius Castoriadis	96
2.4.5.	John Holloway	100
2.4.6.	Ernesto Laclau	102
2.4.7.	Slavoj Žižek	105
	Synthese: Subjekt(e) und Subjektivierung	107
2.5.	Demokratie	109
2.5.1.	Claude Lefort und Marcel Gauchet	109
2.5.2.	Giorgio Agamben	112
2.5.3.	Alain Badiou	113
2.5.4.	Jean-Luc Nancy	115
2.5.5.	Jacques Rancière	118
2.5.6.	Jacques Derrida	121
2.5.7.	Miguel Abensour	123
2.5.8.	Ernesto Laclau und Chantal Mouffe	125
2.5.9.	Ernesto Laclau	129
	Synthese: Demokratie	132
2.6.	Nation, Volk und Populismus	134
2.6.1.	Étienne Balibar	134
2.6.2.	Zygmunt Bauman	141
	Synthese: Nation und Volk	142
2.7.	Kapitalismus und Globalisierung	143
2.7.1.	Michael Hardt und Antonio Negri	143
2.7.2.	Gilles Deleuze und Félix Guattari	148
2.7.3.	Slavoj Žižek	150
2.7.4.	Gayatri Chakravorty Spivak	152

2.7.5.	Stuart Hall	153
2.7.6.	Zygmunt Bauman	154
	Synthese: Kapitalismus und Globalisierung	156
2.8.	Aufstand und Alternativentwürfe	157
2.8.1.	John Holloway	157
2.8.2.	Michel Foucault	161
2.8.3.	Slavoj Žižek	162
2.8.4.	Gilles Deleuze und Félix Guattari	165
2.8.5.	Alain Badiou	167
2.8.6.	Jean-Luc Nancy	168
2.8.7.	Michael Hardt und Antonio Negri	169
2.8.8.	Zygmunt Bauman	171
2.8.9.	Ernesto Laclau und Chantal Mouffe	173
2.8.10.	Giorgio Agamben	174
	Synthese: Aufstand und Alternativentwürfe	175
3.	Postmarxistisches Staatsverständnis: Begegnungen und Kreuzungen	177
3.1.	Feministische Theorie	177
3.1.1.	De-Essenzialisierung des Staats	178
3.1.2.	Feministische Politiken	181
3.1.3.	Zusammenfassung und Anschlussfähigkeit	184
3.2.	Postkoloniale Theorie	185
3.2.1.	Das koloniale Erbe	186
3.2.2.	Das Konstrukt des postkolonialen Entwicklungsstaates	188
3.2.3.	Das Ende des Kalten Kriegs	190
3.2.4.	Multiple Souveränitäten in postkolonialen Staaten	192
3.2.5.	Kontinuität der konstituierenden Macht	196
3.2.6.	Postkoloniale transnationale Staatlichkeit	197
3.2.7.	Zusammenfassung und Anschlussfähigkeit	200
3.3.	Soziale Bewegungen	201
3.3.1.	Ernesto Laclau: Syriza und Podemos	201
	Syriza	201
	Podemos	204
3.3.2.	John Holloway und die Zapatistische Armee Nationaler Befreiung (EZLN)	206
3.3.3.	Étienne Balibar und die Sans Papiers	209
3.3.4.	Alain Badiou und Judith Butler im City Plaza Hotel	
	Athen	210
3.3.5.	Zusammenfassung und Anschlussfähigkeit	211

4. Schlussbetrachtung	215
4.1. Was ist der Staat?	215
4.2. Was ist nicht Staat?	216
4.3. Wer ist der Staat?	217
4.4. Wohin mit dem Staat?	217
4.5. Offene Fragen	218
Literaturverzeichnis	221

Einleitung

„Jawohl, ich erspare mir eine Theorie des Staates, ich will und muss mir eine Theorie des Staates ersparen - so wie man sich eine ungenießbare Mahlzeit ersparen kann und muss“.¹

Was ist Postmarxismus? Eine Frage, die meist nicht eindeutig beantwortet werden kann. Der Postmarxismus ist epistemologisch eng mit dem Poststrukturalismus verbunden, der zwar durchaus als Strömung konkreter gefasst und definiert werden kann, welche Theoretiker_innen sich diesem aber zuordnen lassen (wollen), ist eine komplexere Frage.

Wir wollen uns also zunächst über den Poststrukturalismus an den Postmarxismus annähern, um die epistemologischen Voraussetzungen verstehen zu können. Eine poststrukturalistische Theorieentwicklung geht meist von einem Konstruktivismus aus, der auf der Diskurshaftigkeit jeglicher Wahrnehmung und Artikulation beruht. Dieses Konzept geht bereits auf den Strukturalismus von de Saussure zurück, demgemäß sich Signifikanten nicht durch ihre Beziehung zu einem außerdiskursiven Signifikat bestimmen lassen, sondern nur durch ihre Relationen zu anderen Signifikanten. Dabei geht es nicht um die Leugnung der Existenz einer außerdiskursiven Realität, sondern der Möglichkeit, diese wahrzunehmen. Selbst der Bezug auf etwas vermeintlich Außer-diskursives kann nur im Diskurs, d.h. in Verwendung und innerhalb eines bestimmten Bedeutungssystems, artikuliert werden.² Beim Diskursbegriff lassen sich allerdings gravierende Unterschiede erkennen. Bleibt der Diskursbegriff bei Foucault zum Beispiel sehr wohl auf das Sprachliche und Symbolische beschränkt, so umfasst dieser bei Laclau und Mouffe auch wirtschaftliche und institutionelle Faktoren, die ohne Einbettung in Diskurse weder Performanz noch Relevanz hätten.

Im Unterschied zur strukturalistischen Theorie von de Saussure, die ein geschlossenes System bestehend aus Signifikanten und Referenzen zwischen diesen beschreibt, werden im Poststrukturalismus Systeme als stets und notwendigerweise ungeschlossen verstanden. Gemeinsam haben poststrukturalistische Theorien daher, dass sie sich kritisch mit der Totalität des Hegelschen Systems auseinandersetzen. Das Plädoyer für die Kategorie der Differenz steht einem Hegelianischen Versuch der Welterklärung diametral gegenüber. Die Notwendigkeit der Referenz auf ein Außen verwehrt jedem System seine endgültige Schließung – daher kann auch von der Unmöglichkeit von Identität, zumindest in ihrer Vollständigkeit oder auch von der Unmöglichkeit der Gesellschaft im Singular gesprochen werden. An die Offenheit

1 *Foucault* 2000, S. 69.

2 *Stavrakakis* 2005, S. 153, Fn. 14.

des Systems anschließend, wird Identität schließlich im Poststrukturalismus als relational, kontextuell und historisch konzipiert. Wie stark jedoch das Subjekt durch die Struktur und die Diskurse konstruiert und geprägt wird, auch darüber herrscht keine Einigkeit (vgl. Kapitel 2.4. *Subjekt(e) und Subjektivierung*). Poststrukturalistische Ansätze unterscheiden sich damit darin, wie streng eine Dichotomie zwischen Subjekt und Struktur aufgemacht (zentral z.B. für Foucault) und ob eine der beiden Kategorien von der anderen dominiert wird (die zentrale Kluft zwischen Foucault und Laclau).

Das Politische wird dementsprechend definiert als Notwendigkeit, Macht auszuüben, da das Spektrum an Möglichkeiten dazu zwingt, sich zu entscheiden. Es spiegelt also die Unabgeschlossenheit und Offenheit der Struktur wider – und kann in manchen Theorien, wie jener von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, als quasi-ontologische Kategorie verstanden werden.³ Allerdings lassen sich gerade in Bezug auf die Dimension des Politischen gravierende Unterschiede feststellen, diese werden in Kapitel 2.1. *Das Politische, Hegemonie und Macht* explizit gemacht.

Gemein ist den hier verwendeten Theorien aber der Bezug auf ein Außen, das sich aufgrund der Unabgeschlossenheit des Systems ständig entzieht und dennoch notwendig für jegliche Konstruktion von Bedeutung und Identität bleibt. Manche Theorien beharren aufgrund der prinzipiellen Offenheit des Systems auf eine Leere oder einen Abgrund, der sich am Grund dieser Konzeptionen befindet (vgl. Kapitel 2.5. *Demokratie*) und den (Nicht-)Ort von Widerstand bilden kann (z.B. Badiou).⁴ Dennoch notwendige Setzungen werden damit immer eine konflikthafte Dimension aufweisen. Um die Besetzung des leeren Ortes der Macht wird unaufhörlich gestritten. Für manche (z.B. Laclau und Mouffe) handelt es sich dabei sogar um eine fast ontologische Dimension des Antagonistischen als eine produktive Kategorie, über die Alternativen ausgeschlossen werden, um das Soziale stabilisieren zu können.⁵ Macht wird damit zu einer das Subjekt sowie die Gesellschaft konstituierenden Komponente.

Nachdem also aus poststrukturalistischer und postfundamentalistischer Perspektive die Idee verworfen wird, dass Wissen und Erkenntnis in einem universalen, objektiven Fundament verankerbar wären, hat dies auch Konsequenzen für das Verhältnis des Postmarxismus zum Marxismus. Gemeinsam ist postmarxistischen Autor_innen, das sie sich einerseits auf Konzepte von Marx berufen, zumeist in Bezug auf die Kritik am kapitalistischen System, und sich andererseits vom Marxismus bis zu einem gewissen Grad abgrenzen. Da allerdings der Marxismus kein geschlossenes Denksystem darstellt und sich auch innerhalb des Werks von Marx gravierende Änderungen seiner Überlegungen finden, wird dies von manchen Autor_innen (wie et-

3 Critchley/Marchart 2004, S. 3.

4 Vgl. Marchart 2007, 2f.

5 Vgl. Marchart 2007, 3.

wa Laclau) als generelle Kritik des Marxismus definiert, bei anderen (wie etwa Abensour) als eine Weiterentwicklung von Überlegungen insbesondere des jungen Marx.

Jedenfalls de-essenenzialisieren postmarxistische Theoretiker_innen marxistische Konzepte und sind sich in diesem Sinne in ihrer Ablehnung historischer Notwendigkeiten, des ökonomischen Determinismus und der sicheren Erwartung der Weltrevolution einig. Abgelehnt wird auch die privilegierte historische Rolle des Proletariats; Gesellschaftsveränderung kann entweder von einer Vielfalt (teilweise noch nicht absehbarer) politischer Kämpfe erwartet werden oder geht von denen aus, die vollständig ausgeschlossen sind, von der Leere in der Begrifflichkeit von Badiou. Hier finden sich allerdings durchaus Differenzierungen; so vertritt Hall⁶ (in einer Kritik von Laclau) die Auffassung, dass Klasse nach wie vor eine sehr wichtige, wenn nicht gar die wichtigste Kategorie des politischen Konflikts darstellt, allerdings nicht wegen einer ahistorischen Privilegierung des Proletariats, sondern aufgrund der langen Tradition dieses Konflikts.

Schließlich lehnen postmarxistische Autor_innen auch die schematische (und bei Marx nicht durchgehend vorfindbare) Dichotomie von ökonomischem Unterbau und politischem Überbau ab. Hier gibt es aber zwischen den Theoretiker_innen erhebliche Unterschiede in der Gewichtung. Während etwa Laclau und Mouffe der Frage der Ökonomie nur wenig Aufmerksamkeit schenken, ist der Kapitalismus für die Analysen von Hardt und Negri ein zentrales Konzept.

An dieser Stelle sollte festgehalten werden, dass auch die meisten neomarxistischen Theorien diese Konzepte des Marxismus ablehnen, bzw. erheblich differenzieren, allerdings der Ökonomie zumeist mehr Aufmerksamkeit schenken als der Postmarxismus. Allgemein lässt sich sagen, dass sich neomarxistische Theorien um eine Weiterentwicklung marxistischer Konzepte bemühen, postmarxistische hingegen eher um deren Dekonstruktion. Ein weiterer Unterschied zwischen neomarxistischen und postmarxistischen Theorien besteht darin, dass erstere eher auf Strukturen fokussieren und ihnen an einer konkreten Analyse dieser gelegen ist, während für zweite die grundlegende Prekarität jeder Struktur und die Bedeutung von Subjektivität im Vordergrund stehen.

Laclau und Mouffe definieren daher den Postmarxismus als die „Auf/Nachzeichnung der Genealogie des Marxismus, die Konstruktion der Geschichte eines ‚Präsenten‘“, durch die dem „Marxismus seine Gegenwart und Historizität“ zurückgegeben werden soll.⁷ In diesem Sinne versteht Jacques Derrida den Postmarxismus als eine „Radikalisierung des Marxismus“, die als solche „immer an das verschuldet“ bleibt, „was von ihr radikalisiert wird.“ Selbstverständlich bedeutet diese Radikalisierung nicht die Suche nach Ursprünglichkeit, sondern es geht um Fragen an den

6 Hall 2013, S. 111-113.

7 Laclau/Mouffe 1991, S. 17.

Marxismus, „die in dem, was die sich marxistisch nennenden Diskurse beherrscht, nicht oder nicht hinreichend ins Werk gesetzt werden.“⁸

Demokratiekritik spielt dabei bei vielen Theoretiker_innen eine zentrale Rolle. Die Kritik richtet sich dabei meist gegen ein liberales Verständnis, das allzuoft mit einer unkontrollierbaren Marktlogik einhergeht und manchmal auch mit einem Verlust an politisch eindeutiger Positionierung. Zugleich wird die Demokratie – zumindest als Horizont, als *démocratie à venir* in der Begrifflichkeit von Derrida – gegen die marxistische Kritik und das Gegenkonzept einer kommunistischen Gesellschaft zumeist verteidigt. Wird das Ideal einer kommunistischen Gesellschaft aufrechterhalten, wie dies etwa bei Badiou, Hardt und Negri, Holloway, Nancy und Žižek der Fall ist, so unterscheiden sich doch die Vorstellungen dieser Gesellschaft erheblich von der klassisch-marxistischen. Insbesondere wird an diesem Konzept (etwa von Castoriadis und Laclau/Mouffe) kritisiert, dass es ein Absterben des Politischen, des Konflikts bedeuten würde und damit weder vorstellbar noch wünschenswert sei.

Postmarxistische Theorien versuchen, Zwischenräume zu eröffnen. Abseits einer Entweder-oder-Konzeption geht es vor allem um das Zusammenspiel, die Gleichzeitigkeit und das Verhältnis scheinbar oppositioneller Kategorien (z.B. das Universelle und das Partikulare, das Politische und die Politik, Struktur und Subjekt, Grenze und Horizont, Staat und (Zivil)Gesellschaft, etc.).

Historisch nimmt der Postmarxismus seinen Anfang im französischen Kontext und wird durch Cornelius Castoriadis mit dem *sozialen Imaginären* und durch Claude Lefort und Marcel Gauchet mit der symbolischen Dimension von Politik vertreten.⁹ Das sog. „anti-totalitäre Moment“ bezeichnet die Abwendung der französischen Intellektualität in den 1970er Jahren vom Marxismus hin zu einer Demokratietheorie, die auf Pluralismus, Alltag und nicht Utopien zielt.¹⁰

1976 verkündete eine Spezialausgabe der französischen Zeitschrift *Esprit* die „Rückkehr des Politischen“. Sowohl Lefort als auch Castoriadis spielten für diese Bewegung eine zentrale Rolle. Beide waren sie Mitbegründer der aktionistischen Gruppe und Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* 1948 gewesen. Direkte Demokratie und Selbstverwaltung der Arbeiter_innen waren ihre zentralen Anliegen.¹¹ Die soziologische Forschung in Frankreich wurde zu dieser Zeit fast flächendeckend zu einer postmarxistischen. Die Intention des Postmarxismus war die „[...] Revision und Weiterentwicklung der Marxschen Theorie mit dem Ziel der praktischen Erneuerung der revolutionären Bewegung durch theoretische Einsicht in den gesellschaftlichen Entwicklungsverlauf.“¹²

8 Derrida 1995, S. 149f.

9 Breckman 2005, S. 76.

10 Breckman 2005, S. 73.

11 Breckman 2005, S. 77f.

12 Gilcher-Holtey 1995, S. 53.

„Wer nicht den Druck des ideologischen Terrors gekannt hat, den die kommunistische Partei in den Nachkriegsjahren auf die Linke ausübte, wer nicht weiß, wie sehr die ‚fortschrittlichen‘ Schriftsteller gleichsam das Umfeld des Stalinismus bildeten, vermag auch nicht die Schwierigkeiten zu erahnen, damals von einem ‚bürokratischen Regime‘ oder ‚Totalitarismus‘ zu sprechen und die Denkverbote des Marxismus-Leninismus zu durchbrechen, um das Denken von Marx zu entdecken.“¹³

Einige postmarxistische Denker_innen beginnen daher den marxistischen ökonomischen Determinismus zu dekonstruieren und gleichzeitig Gramscis Konzept der Hegemonie zu radikalisieren.¹⁴

Die „historische Notwendigkeit“ in manchen Teilen des Marxismus schränkte die „politische Kreativität“ massiv ein. Sobald dies weg fiel, konnten neue Konzepte entwickelt werden.

„Sobald es nicht mehr durch die Annahme einer objektiv begründeten Grenze eingengt war, entwickelte sich ganz einfach das Potenzial, das in der zentralen Stellung des Klassenkampfes als Motor des historischen Wandels angelegt war. Die Bewegung vom Marxismus zum Post-Marxismus ist zu einem großen Teil die Geschichte dieses Übergangs.“¹⁵

Aber auch innerhalb der neuen postmarxistischen Strömungen kam es zu Auseinandersetzungen. Lefort und Castoriadis waren zum Beispiel in höchstem Maße uneinig über die Rolle der Partei für eine solche Bewegung. Lefort hatte das Gefühl, dass sich im Klima der 1950er Jahre besonders diese Gruppe hermetisch gegen jedes Außen verschließen würde. Ihm war es hingegen ein Anliegen, eine breitere Debatte anzustoßen und ein breiteres Publikum anzusprechen.

„Ein derartiges Klima forderte weder umsichtige Interpretationen, noch vor allem jene Kühnheit, die erforderlich gewesen wäre, um das ‚Problem Marx‘ in Frage zu stellen und den Mythos der ‚proletarischen Revolution‘ mit den Wurzeln auszurotten.“¹⁶

Castoriadis Bestreben der Gruppe *Socialisme ou Barbarie* „eine revolutionäre Führung“ aufzubauen und ein „Programm des Sozialismus“ auszuarbeiten, war ihm zu tiefst suspekt geworden.¹⁷

Bis heute bleiben jene Ansätze, die unter dem Namen „Postmarxismus“ geführt werden, äußerst heterogen und jede Zuordnung von Autor_innen zu dieser Benennung ist notwendigerweise angreifbar. Die Auswahl der Theoretiker_innen für diesen Band geht weit über die hier beschriebene Richtung des französischen Postmarxismus hinaus und orientiert sich sowohl an Selbst- und Fremdzusammenordnungen als auch an der Einschätzung der Autor_innen dieser Monographie.

13 Lefort 1990a, S. 31.

14 Critchley/Marchart 2004, S. 3.

15 Laclau 2007, S. 35.

16 Lefort 1990a, S. 32.

17 Lefort 1990a, S. 37.

Wie schon die Referenzen in dieser Einleitung verdeutlichen, ist hier wohl an erster Stelle Ernesto Laclau zu nennen (gemeinsam mit Chantal Mouffe, aber auch aufgrund der Werke, die er allein verfasst hat); Laclau/ Mouffe werden wohl am häufigsten als Postmarxist_innen bezeichnet und haben diese Bezeichnung auch für sich selbst gewählt.¹⁸ Hierbei ist das politische Denken von Laclau stark von seinen politischen Erfahrungen in Argentinien geprägt, wo gesellschaftliche Konflikte eher entlang der Trennlinie Volk/Machtblock artikuliert wurden, als anhand des Klassenunterschieds.

Wie viele andere postmarxistische und poststrukturalistische Denker_innen beziehen sich Laclau und Mouffe immer wieder (zustimmend und kritisch) auf Michel Foucault, seine archäologische Methode, diskurstheoretischen und insbesondere auch machttheoretischen Überlegungen in Hinblick auf eine Mikropolitik der Macht.

Jacques Derrida entwickelte sein Denken aus seinen Überlegungen zum Zeichen, Wort und Schrift, die er aus dem Strukturalismus und insbesondere dem Denken von Ferdinand de Saussure zur Theorie des Dekonstruktivismus entwickelte. Diese Theorie wurde und wird von ihm wie auch anderen Theoretiker_innen in vielfacher Weise im Feld des Politischen angewendet. Im politischen Denken Derridas spielt insbesondere die Demokratie als demokratischer Horizont, *démocratie-à-venir*, eine zentrale Rolle.

Auch das Denken Heideggers war für Derrida einflussreich, ebenso wie für den italienischen Theoretiker Giorgio Agamben, der Heidegger mit der marxistischen Dialektik zusammen denkt. Sein Denken über Politik und Staat macht sich insbesondere am Ausschluss fest, am „nackten Leben“ und dem „homo sacer“.

Heidegger wie auch Derrida übten wesentlichen Einfluss auf das dekonstruktivistische Denken von Jean-Luc Nancy aus, der sich aus dieser Perspektive mit zahlreichen Themen – von der christlichen Theologie über die Ästhetik bis zur Globalisierung beschäftigt.

Einen deutlicheren Bezug zum Marxismus als die bisher genannten Autor_innen haben Étienne Balibar und Alain Badiou in ihrem Werk erhalten. Beide waren Mitglieder marxistischer Organisationen, beide waren stark durch Althusser beeinflusst, dessen Schüler und Mitarbeiter Balibar war; für Badiou spielte auch Lacan eine entscheidende Rolle. Die Zuordnung dieser beiden Autoren zum Postmarxismus verdankt sich bei Badiou insbesondere seiner Betonung historischer Kontingenz und der Bedeutung des nicht voraussagbaren oder planbaren Ereignisses; bei Balibar seinem Fokus auf die Nation und ihre Ausschlüsse, also auf das Politische eher als auf das Ökonomische. Auch historisiert Balibar die privilegierte Stellung des Proletariats bei Marx, der er als allgemeines Konzept die Bedeutung der Ausgeschlossenen

18 Laclau/Mouffe 2000.

für den Widerstand gegenüberetzt, die in zeitgenössischen Gesellschaften etwa durch Migrant_innen repräsentiert werden.

Jacques Rancière hingegen, gleichfalls Althusser-Schüler und gemeinsam mit Balthus Gründer und Teilnehmer des Seminars „Das Kapital lesen“, entfernte sich deutlich weiter von seinen Wurzeln im Marxismus. Seine Unterscheidung von Polizei und Politik entspricht weitgehend Laclaus Unterscheidung zwischen Politik und dem Politischen und auch in vielen anderen Grundannahmen ähneln diese Zugänge einander. Ungewöhnlich und produktiv ist das Zusammendenken von Politik und Ästhetik, das ihn das Sinnliche besonders in den Blick nehmen lässt.

Es zeigt sich also deutlich, dass auch in diesem Band die französische Philosophie eine große Rolle spielt. Weiters ist hier noch Gilles Deleuze zu nennen, dessen Werk insbesondere durch seinen konsequenten Anti-Essenzialismus geprägt ist wie auch durch die Verbindung einer rigorosen Kapitalismuskritik mit Ansätzen der Psychoanalyse (insbesondere in seiner Zusammenarbeit mit Félix Guattari).

Und schließlich ist auch Miguel Abensour ein französischer Philosoph, der sich allerdings weniger mit den Defiziten des bestehenden ökonomischen und politischen Systems beschäftigt als mit der Frage der Utopie. Zugänge zum Utopischen sieht er eher im Denken von Marx und bei marxistischen Denkern wie Benjamin und Bloch als bei den Strukturalist_innen und den Schüler_innen Althusser. Im Werk (insbesondere des jungen) Marx interessiert ihn gemeinsam mit dem Utopischen auch das Demokratische, das sich in erster Linie gegen den Staat richtet und entwickelt.

Doch dieser Band schließt auch einige weitere Denker_innen ein, die dem Postmarxismus zugerechnet werden, etwa den polnisch-englischen Philosophen Zygmunt Bauman der seine Karriere als aktives Mitglied der kommunistischen Partei eines realsozialistischen Landes, nämlich Polen, begann, also im Unterschied zu allen anderen hier genannten Autor_innen mit politaktivistischen Erfahrungen in einer Machtposition. Er kritisierte dann aber die Partei, trat aus ihr aus und übersiedelte nach England. Sein theoretisches Werk fokussiert auf Kontingenz und die sogenannte „Flüchtige Moderne“.

Zwei andere in diesem Band vorgestellte Theoretiker, John Holloway und Antonio Negri, haben ihre politischen Wurzeln im italienischen Operaismus, einer neo-marxistischen Strömung, die in Abgrenzung von der kommunistischen Partei konsequent staatskritisch auftrat und in Arbeitskämpfen besonders die Subjektivität der Arbeiter_innen in den Vordergrund stellte; wiederum zeigt sich hier die enge Verbindung mancher neo- und postmarxistischer Strömungen.

Eine Verknüpfung zwischen postmarxistischem und postkolonialem wie auch feministischem Denken findet sich bei Gayatri Chakravorty Spivak, deren politische Theorie stark auf den Ausschluss fokussiert, insbesondere von Frauen des globalen Südens. Spivak war als Übersetzerin von Derridas „Grammatologie“ bekannt geworden, bevor ihr eigenes theoretisches Wirken rezipiert wurde. Sie forscht nicht nur als

politische Theoretikerin, sondern auch als Literaturwissenschaftlerin und kombiniert feministische und postkoloniale Perspektiven mit marxistischer Analyse.

Auch für Judith Butler, eine der einflussreichsten feministischen Theoretikerinnen, ist die Produktion von Ausschlüssen und Hierarchien Ankerpunkt ihrer Theorie. Ihr Zugang zu Fragen des Genderregimes ist stark von der Dekonstruktion geprägt, ihre Diskurstheorie baut auf Althusser und Austin auf. In jüngerer Zeit beschäftigt sie sich mit dem Ausschluss von „Feind_innen“ und Migrant_innen in einer Form, die an Agamben anklingt.

Über Jahre hinweg setzten sich Butler wie auch Laclau/Mouffe kontinuierlich mit dem Denken von Slavoj Žižek auseinander (wie auch umgekehrt). Žižek allerdings wehrt sich konsequent gegen eine Einordnung in den „Poststrukturalismus“ und würde sich wohl auch nicht als Postmarxist bezeichnen. Und tatsächlich sind viele seiner konkreten politischen Analysen einem (teilweise sehr rigiden) Marxismus-Leninismus verpflichtet. Andererseits ist auch sein Blick auf das Politische ein sehr erweiterter, insbesondere durch Rückgriffe auf Lacan, wie auch seine Berücksichtigung und Analyse der Populärkultur als Ideologie, Repräsentation und Artikulation.

Eine derartige Beschäftigung mit der Populärkultur stand auch im Mittelpunkt bei der Entwicklung der Cultural Studies, an der Stuart Hall maßgeblich mitwirkte. Politisch definiert sich Hall als Marxist, sein breites und offenes Verständnis des Politischen, das sich stark an Foucault orientiert, teilt er mit postmarxistischen Theoretiker_innen.

So bildet also dieser Band eine Reihe von teils überlappenden, teils einander ergänzenden, teils widersprüchlichen Theorien ab, deren Einordnung als postmarxistisch den Autorinnen plausibel erscheint. Gemeinsam ist diesen Theorien allerdings, dass sie aus der Sicht anderer Theorien für ihre Vernachlässigung der ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus und von politischen Institutionen und deren Funktionen kritisiert werden. Der zweite Kritikpunkt stellt die Sinnhaftigkeit dieses Bandes in Frage und tatsächlich war es nicht immer leicht, ein spezifisches Staatsverständnis der in diesem Band vertretenen Theoretiker_innen zu identifizieren. Doch andererseits verdeutlicht dieser Band auch, dass diese Kritik von außen oft aus einer bestimmten, gewollten Lesart seitens der Kritiker_innen kommt, wie auch Andreas Hetzel betont, die postmarxistische und radikaldemokratische Ansätze zwar aufnehmen, aber entlang der eignen Forschungslinie korrigieren möchten.¹⁹ Übersehen wird dabei oft eine zentrale Grundannahme postmarxistischer Theorien: Institutionen werden zuallererst durch hegemoniale Artikulationen hervorgebracht und können nicht als außerdiskursiv gegeben betrachtet werden. Dies und das zentrale Moment der Kontingenz machen es schwierig, Institutionen und Staatlichkeit fassbar zu machen. Wenn der Staat nicht als außer-diskursiv verstanden werden darf, dann

19 Hetzel 2009, S. 182.

weist er keine Substanz auf und ist wie alles andere abhängig von (Re-)Artikulationen und ist damit in höchstem Maße historisch. Nachdem ein zentrales Element der Artikulation aber die Wiederholung ist, können durchaus Tendenzen und Interpretationen festgehalten werden. Genau auf diese hin wurden die hier herangezogenen postmarxistischen Theorien gefiltert. Ein solcher Versuch, in der hier vollzogenen Gründlichkeit, ist ein- und erstmalig. Es würde allerdings dem grundsätzlichen Verständnis des Postmarxismus und Poststrukturalismus widersprechen, wenn ein solches Projekt nicht zahlreiche Ambivalenzen und Unentscheidbarkeiten zutage gefördert hätte. Diese müssen und werden als solche stehen gelassen. Es mangelt allerdings auch nicht an manchmal vielleicht sogar überraschenden Parallelen.

Aufgrund der angesprochenen Heterogenität wurde hier eine Struktur entwickelt, die es vor allem Einsteiger_innen erleichtert, die Gedankengänge der verschiedenen Theoretiker_innen konzise nachvollziehen zu können. Daher werden letztere zunächst getrennt behandelt, bevor, wenn möglich, eine Synthese versucht wird. In der Schlussbetrachtung werden vor allem explizite Staatsdefinitionen noch einmal zusammengefasst – auch ein Nachschlagen in dieser Hinsicht ist also möglich. Die Struktur des Bandes ermöglicht also einerseits ein begriffsorientiertes Lesen, andererseits auch einen Einstieg in das Theoriegebäude eines / einer bestimmten Denker_in.

Wir bedanken uns herzlich beim Herausgeber der Reihe Staatsverständnisse Rüdiger Voigt für seine Bitte, uns der unmöglichen Aufgabe einer Annäherung an ein postmarxistisches Staatsverständnis zu widmen. Auch hier wird evident, dass die Unmöglichkeit Bedingung der Möglichkeit ist.

Wir bedanken uns bei Markus Mooslechner für die Idee und Gestaltung des Buchcovers.

Ich, Cornelia Bruell, bedanke mich mit ganzem Herzen bei meiner Familie, Markus, Luna, Livia Mooslechner und Monika Bruell für ihre großartige Unterstützung über Tage und Nächte hinweg, ohne die dieses Projekt nie Wirklichkeit geworden wäre.

1. Marxistisches und neo-marxistisches Staatsverständnis: Ein kurzer Abriss

Zu Beginn dieses Buchs erscheint es sinnvoll und notwendig, marxistische und neo-marxistische Staatsverständnisse zusammenfassend zu beschreiben, um darzulegen, aus welchen Konzepten sich postmarxistische Überlegungen zum Staat entwickelt haben, von denen sie sich zugleich auch abgrenzen. Die Differenzierung zwischen diesen Theorien bleibt dabei notwendigerweise tentativ und problematisch, da der Postmarxismus in keiner Weise klar definiert ist und es auch im Marxismus keine geschlossene marxistische Staatstheorie gibt.

Jede wissenschaftliche Arbeit, die sich auf den „Marxismus“ bezieht, hat mit der Schwierigkeit zu kämpfen, dass es kein geschlossenes Denksystem gibt, das sich unter diesem Begriff subsumieren lässt. In Bezug auf das marxistische Staatsverständnis gilt dies zweitens umso mehr, als Marx zwar eine Staatstheorie als Teil eines sechsbändigen Werks geplant hatte, diesen Plan aber nicht umgesetzt hat. So finden sich nur einzelne Aspekte zur Rolle des Staates an unterschiedlichen Stellen seines Werks, wobei diese Aussagen einander auch teilweise widersprechen oder zumindest in ihrem Verhältnis zueinander nicht klar sind und, wie alle Teile des Werks von Marx, von marxistischen Theoretiker_innen in unterschiedlicher Weise interpretiert und angewendet wurden²⁰. Ähnliches gilt für Engels, der allerdings systematischer zu dieser Frage gearbeitet hat.

Umfassende Zusammenfassungen marxistischer Staatsverständnisse wurden an anderen Stellen bereits geleistet, nicht zuletzt in einigen Bänden der Reihe „Staatsverständnisse“²¹. Hier sollen nur exemplarisch Überlegungen von Marx, Engels und zentraler Theoretiker_innen in deren Tradition entlang relevanter Dimensionen zusammengefasst werden.

1.1. Der Staat im klassischen Marxismus

1.1.1. Die Geschichte des Staats

Das historisch-materialistische Verständnis von Marx und Engels prägt selbstverständlich auch den Zugang zum Staat. „Rechtsverhältnisse wie Staatsformen [sind]

20 *Heinrich* o.J., S. 18-23.

21 *Hirsch et. al.* 2015, *Salzborn* 2012, *Brie et. al.* 2011, *Demirovic et. al.* 2010, *Ruschig et. al.* 2014, *Fischer-Lescano et.al.* 2012, *Buckel et. al.* 2007.

weder aus sich selbst zu begreifen [...] noch aus der sogenannten Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern (wurzeln) vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen [...].“²²

Trotzdem finden sich in den Werken von Marx und Engels immer wieder ahistorische Definitionen, etwa in Bezug auf die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen oder eben auch in Bezug auf den Staat, zu dem Marx in der „Deutschen Ideologie“ schreibt:

„... und eben aus diesem Widerspruch des besonderen und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit, aber stets auf der realen Basis der in jedem Familien- und Stamm-Konglomerat vorhandenen Bänder [...]“²³.

Wie Engels ausführte, ist die dritte Macht des Staats aufgrund des Klassengegensatzes nötig:

„Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der Ordnung halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“²⁴.

Diese ist aber nicht neutrale Instanz, sondern handelt im Interesse der mächtigsten ökonomischen Klasse, die über den Staat auch die politische Macht übernimmt:

„So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.“²⁵

Hier werden zwar historische Etappen genannt, aber gerade im Interesse der Beschreibung allgemeiner Dimensionen des Staats.

1.1.2. Der Staat im Kapitalismus

In den „Grundrissen“ hingegen spezifiziert Marx die Rolle des Staats im Kapitalismus und führt eine entscheidende Differenz zu jeder vorherigen Staatsform ein²⁶: Während alle vorkapitalistischen Staatsformen die ökonomische Ungleichheit auch

22 MEW 13, S. 8.

23 MEW 3, S. 33.

24 MEW 2, S. 165.

25 MEW 2, S. 166f.

26 vgl. Heinrich o. J., S. 20.

politisch festgeschrieben haben, setzt die kapitalistische Produktionsform die rechtliche Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger_innen voraus, die zugleich auch die Trennung von Politik und Ökonomie bedeutet.

Der Staat ermöglicht die kapitalistische Form der Produktion und Ausbeutung durch die Kombination der Garantie für Freiheit und Gleichheit mit dem Schutz des Privateigentums. Da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keine Produktionsmittel innehat, wird sie aufgrund der Garantie des Privateigentums ausgebeutet. Zugleich jedoch ist auch die Freiheit derer durch den Staat begrenzt, die die Produktionsmittel besitzen – die gesamte Bevölkerung ist vom Staat sachlich abhängig, doch diese Abhängigkeit wirkt sich unterschiedlich aus.

„Der Staat ist nun gerade dadurch Klassenstaat, indem er nicht unmittelbares Instrument einer Klasse ist, sondern als ‚neutrale‘ Instanz per allgemein-abstraktem Recht Freiheit, Gleichheit und Eigentum garantiert, denn dies ist ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.“ (Marx). So sichert er schließlich die strukturelle Ausbeutung ab, da die einen zwar Produktionsmittel besitzen und die anderen nichts als ihre Arbeitskraft, aber dennoch beide als Privateigentümer schlechthin behandelt werden.“²⁷

Insgesamt hat sich die Macht des Staates durch die bürgerliche Revolution enorm gesteigert. Sie vervollkommnete

„was die absolute Monarchie begonnen hatte, die Zentralisation und Organisation der Staatsmacht, und den Umfang und die Attribute der Staatsmacht, die Zahl ihrer Werkzeuge, ihre Unabhängigkeit und ihre übernatürliche Gewalt über die wirkliche Gesellschaft auszudehnen, eine Gewalt, die faktisch den Platz des mittelalterlichen übernatürlichen Himmels mit seinen Heiligen einnahm. Jedes geringfügige Einzelinteresse, das aus der Beziehung der sozialen Gruppen hervorging, wurde von der Gesellschaft getrennt, fixiert und von ihr unabhängig gemacht und ihr in Form des Staatsinteresses, das von Staatspriestern mit genau bestimmten hierarchischen Funktionen verwaltet wird, entgegengesetzt.“²⁸

1.1.3. Staat und Ökonomie

Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie im Kapitalismus heißt es im „Kommunistischen Manifest“ eher lapidar: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“²⁹ In dieses Verständnis des Verhältnisses von Staat und Ökonomie passt auch die Anmerkung von Marx aus der „Kritik der politischen Ökonomie“, dass die Produktionsverhältnisse die „reale Basis“ bilden, über der sich „ein juristischer und politischer

27 N.N. 2011.

28 MEW 17, S. 539.

29 MEW 4, S. 464.